

REINHARD MOCEK

Auf dem Wege zu einer Neuvermessung des Gesellschaftlichen. Anmerkungen zu Uli Schölers Rückgriff auf Marx



Reinhard Mocek – Jg. 1936, Philosoph und Wissenschaftstheoretiker, Berlin.
Veröffentlichungen u.a.
Gesellschaftstheorien (1980),
Neugier und Nutzen der
Wissenschaftsgeschichte.
Potentiale linken Denkens
in Deutschland-Ost. Thesen
zur Annäherung an ein
schwieriges Problem, in:
UTOPIE kreativ Heft 68
(Juni) 1996 S. 5-14;
Alternative Wirtschaftskonzepte
in der Debatte, in:
UTOPIE kreativ, H. 89 (März
1998), S. 48-61, Vom Anspruch
der Bewahrung.
Anmerkungen zu Hans
Heinz Holz, in: UTOPIE
kreativ, H. 103/104 (Mai/
Juni 1999), S. 154-164.
Foto: privat.

Gesellschaftstheoretische Versuche, die verfahrenere soziale Gegenwart mit marxistischer Begrifflichkeit und Methodik neu zu durchleuchten, sind selten geworden. Zu verfänglich sind die neueren Argumente, wonach nahezu sämtliche der tragenden Säulen der Marxschen Theorie aus Mangel an Realsubstanz hinfällig geworden seien. Wenn es noch eines Beweises bedurft habe, so habe ihn der gescheiterte Realsozialismus der sowjetischen Prägung erbracht. Zudem sei die Arbeiterklasse weltweit in den nichtselbständigen Mittelstand eingetaucht. Ein historisches Subjekt anzunehmen, gilt geradezu als aberwitzig. Und ängstlich vermeiden die professionellen akademischen Sozialdenker, ihre Konstrukte auch nur in die Nähe politischer Gruppierungen zu bringen. Die meistdiskutierten Schulen dieser akademischen Szenerie bewegen sich sämtlich in der Grauzone der Selbstverständigung, sinnieren über Strukturen, überwachen sorgfältig das Webersche Wertfreiheitspostulat oder überbieten sich in abstrakten historischen Homologien. Botschaften werden keine mehr vorgetragen; höchstens solche über die nahende ökologische Katastrophe. Und glichen die Parteitage, gar die Weltkonferenzen sozialistischer Parteien noch bis in die achtziger Jahre – zuletzt allerdings vergraben unter einem Wust von Beweihräucherungen, Selbstrechtfertigungen und Beteuerungen – fast Großveranstaltungen mit manchmal gar seminaristischem Einschlag, wo Konzepte politisch und gesellschaftstheoretisch zugleich vorgetragen und begründet wurden, so wird neuerdings selbst die der Gesellschaftstheorie noch vor zwanzig Jahren aus nichtmarxistischer Ecke zuge dachte Sensibilisierungsfunktion in Frage gestellt. Auch die postmarxistischen Diskurse der demokratischen Sozialisten – ich beziehe mich da durchaus mit ein – versuchen, mit mehr oder weniger neuem Vokabular programmatisch die alte Kategorienwelt des Marxismus abzustreifen. Der Begriff der »Moderne« – umfänglich aufgerüstet durch eine heimliche Umfunktionalisierung marxistischer Begriffe älterer Jahrgänge – bildet da ein herausragendes Beispiel. Dabei weiß man doch aus verlässlichen wissenschaftstheoretischen Kreisen, daß eine Theorie nicht einfach so in ein neues sprachliches Gewand schlüpfen kann; nach dem Motto, der Marxismus bleibt, jedoch sieht er jetzt ganz anders aus. Was allerdings geht und die Natur- wie Gesellschaftstheorien zu allen Zeiten ausgezeichnet hat, das sind Driften innerhalb von wissenschaftlichen Theorien, die Verlagerung von Schwerpunkten und Gewichten sowie stets neue analytische Bezüge. In der marxistischen Gesellschaftstheorie geschieht

das übrigens nicht zum ersten Mal. Erinnerung sei an die Rolle des ursprünglichen Verelendungskonzeptes. Ähnlich stand es mit dem Entfremdungsmodell. Und die zunehmende Bedeutung der Produktionskultur in der modernen Informationsgesellschaft führte zu einer beträchtlichen Bedeutungsverschiebung in der Relation zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen, praktisch wie theoretisch.

Warum diese lange Vorrede? Weil nur vor diesem Hintergrund die Bedeutung des von der wissenschaftlichen wie politischen Öffentlichkeit nach meinem Überblick bislang kaum gewürdigten neuen Buches von Uli Schöler, langjähriges Mitglied der Grundsatzkommission der SPD, beurteilt werden kann.¹ Schöler geht auf die Suche nach theoretischen Potentialen, mit deren Hilfe die ständig komplexer werdende soziale Realität in einem sachlichen und von parteipolitischen Vorurteilen freien Sinne verstanden werden kann. Dabei zielt der Terminus »Vorurteil« hier nicht auf die wissenschaftstheoretisch unabweisbare Tatsache, daß kein Theoretiker ohne Vorannahmen und ohne die Reflexion von Zielvorstellungen auskommt, sondern auf das fruchtlose parteipolitische Gezänk, wer der kompetentere Sachwalter der sogenannten Volksinteressen in je konkreten Situationen ist. Für Schöler gibt es denn auch keine guten und schlechten Politiker, keine im demokratischen Konsens akzeptierten guten und schlechten Parteien, sondern nur die eine grundsätzliche Frage nach der Kompetenz zur Bewahrung von Leben und Lebensgut, die zu meistern vor allen Parteien steht. Und hier haben die demokratischen Parteien höchst unterschiedliche Bezugspunkte, stützen sich, wenn überhaupt, auf divergente Basistheorien, stellen ihre auf verschiedene Handlungswege weisenden Grundwerte zur Debatte. Und wer die Grundsatzdiskussionen der demokratischen Sozialisten mit dem Schölerschen Ansatz vergleicht, dem fällt sofort ins Auge, daß es in den orientierenden Ausgangspunkten eine erstaunliche Grundmenge von Berührungen gibt, die einfach erst einmal zu registrieren sind. Es liegt durchaus nahe, hier von einem kleinsten gemeinsamen Nenner zu sprechen – und politisch liegt er darin, daß SPD wie PDS vor demselben Problem stehen, nämlich sich die gesellschaftstheoretische Basis mittelfristiger politischer Zielstellungen zu erarbeiten. In Schölers Diktion ist sie verwurzelt in einem gleichen historischen Vermächtnis (Marx) und der damit gegebenen Notwendigkeit, mit Marxens Methode die vielschichtige neue Welt zu ergründen, wenn nicht gar schon zu beschreiben. Und der kleinste gemeinsame gesellschaftstheoretische Ansatzpunkt liegt – wenn ich Schöler richtig gelesen habe – in dem Bestreben, die Dominanz der kapitalistischen Rationalität bei der Gestaltung der aktuellen Gesellschaft zu überwinden! Nun geht es an dieser Stelle nicht darum zu befinden, ob die hier zur Rede stehenden Parteien die dafür notwendigen und insofern »richtigen« Wege beschreiten. Sondern es geht zunächst um die Feststellung, daß wir es hier mit einem als debattierfähig bestimmten Ausgangspunkt zu tun haben. Und das ist nicht wenig!

Doch die Übereinstimmung im Ansatz ist nur die halbe Miete. Wer heute über die Möglichkeit situationsadäquater Umsetzung sozialistischer Wirtschafts- und Sozialmodelle debattiert, kann das nicht

1 Vgl. Uli Schöler: Ein Gespenst verschwand in Europa. Über Marx und die sozialistische Idee nach dem Scheitern des sowjetischen Staatssozialismus, Bonn 1999.

ohne eine beinharte Kritik an bisherigen einschlägigen Versuchen. Und eine solche Kritik darf sich nicht selbst beschwichtigen mit der Rücksichtnahme auf die politischen Biographien der Akteure der gescheiterten realsozialistischen Welt. Man kommt keinen Schritt weiter in der Debatte um die Geschichte der DDR, wenn man die Diskurse gewissermaßen personifiziert: »Nein, so habe ich das nicht erlebt!« »In meinem Arbeitskollektiv war das völlig anders!« »Heute ist es keinen Deut besser, eher schlechter, denn es fehlt das Wichtigste, die soziale Sicherheit!« – Wer kennt nicht diese ehernen Momente des PDS-Diskurses um die DDR! Und wer weiß nicht, daß in einem ganz konkreten und persönlichen Sinne diejenigen, die auf diesen Argumenten beharren, völlig im Recht sein können, es gar in der Mehrzahl der Fälle sind? Und doch steckt hinter dieser Biographisierung der DDR ein teuflischer Selbstbetrug, der leicht erkennbar wird, wenn man dieses Phänomen sozialtheoretisch auseinander nimmt. Vielleicht sind diejenigen, die die DDR nicht selbst gelebt haben – und Schöler gehört dazu –, weitaus besser in der Lage, mit einer solchen Biographisierung Schluß zu machen und die einfache Frage nach den historischen wie allgemein-sozialen Effekten dieser DDR-Gesellschaft zu stellen. Und da ist es im Grunde genommen keine offene Frage mehr, daß die DDR – und die UdSSR im besonderen Maße – bald schon im Herzstück und Motor des Fortschrittswillens, dem ökonomischen System, auf *systemimmanente Entwicklungsblockaden* stieß, die zugleich jedem Reformbemühen das Wasser abgruben, hätte die Entblockung doch lawinenartige Korrekturen vor allem auch im Überbau zur Folge gehabt. Die ineffektive Planökonomie, die selbst im Reformgedanken Apelscher Prägung halberzig nur Plan und Markt zu verbinden suchte, womit das, was sonst organisch verläuft, selbst zur Staatsaufgabe geworden ist, hatte zur Folge, daß jeder ökonomische Schritt die ganze Gesellschaft erzieherisch und ideologisch zu motivieren hatte. Wer noch die endlosen ökonomischen Nachhilfestunden auf allen möglichen Ebenen der DDR-Bildung und Weiterbildung in Erinnerung hat, weiß, daß ein solches System keine Perspektive haben konnte. Ein ökonomisches System, das nur dann funktioniert, wenn jeder seiner Schritte eine gesamtgesellschaftliche Beurteilungskompetenz erfordert, konnte nicht wettbewerbsfähig sein mit einem System, daß sich rigoros die ganze Gesellschaft unterwirft, egal, ob diese davon weiß oder nicht. Nun muß man nicht – und das ist mehr als nur ein Trostpflästerchen auf die biographisierende Seele des auch im Rückblick noch treuen DDR-Bürgers – mit einer solchen Einsicht den guten Willen und die sozialpolitische Ernsthaftigkeit gewiß der Allermeisten der für die ökonomische Wohlfahrt des Landes verantwortlichen Funktionäre in Abrede stellen. Die Mär von den verantwortungslosen DDR-Spießgesellen der Moskauer Henker-Kommunisten muß man ja nicht ernstnehmen, wenngleich sie noch weidlich ausgeschlachtet wird. So liest man bei Stefan Wolle² eine Geschichte der DDR, die diese nur als einen »zwangsläufigen Weg zum Sturz eines verbrecherischen diktatorischen Regimes gegen das Volk« interpretiert, wie Stefan Bollinger unlängst treffend bemerkt hat.³ Mit solcherart Rückblicken sollte eigentlich Schluß sein; und die Forderung, DDR-Geschichte mit einem Höchstmaß an Genauigkeit und ohne partei-

2 Vgl. Stefan Wolle: Die heile Welt der Diktatur. Alltag und Herrschaft in der DDR 1971-1989, Berlin 1998.

3 Stefan Bollinger: 1989 – eine abgebrochene Revolution. Verbaute Wege nicht nur zu einer besseren DDR? Berlin 1999, S. 11.

politische Richtlinien zu schreiben, sollte nun, nachdem der Deutsche Bundestag in zwei Enquête-Kommissionen die politische, aber nicht gesellschaftstheoretische Praktikabilität des Gegenteils demonstriert hat, in den Vordergrund rücken.

Leider befriedigt auch Schölers Rückblick auf die sogenannten Vorteile des Realsozialismus im lebensweltlichen Bereich, dem eigentlichen Bürgerdasein also, nicht, koppelt er diese Vorzüge doch sämtlich mit damit erkauften Kehrseiten, wobei die Kehrseiten in seinen Augen das urteilsbildende Übergewicht hätten. Ich will hier diese im 7. Kapitel des Buches ausführlich dargestellten Kritiken Schölers an den Vorzügen des Realsozialismus aufzählen, um zu zeigen, wie verfänglich doch die Interpretationsmuster der üblichen Sozialismus-Kritik geworden sind. Das beginnt mit dem grundlegenden Vorzug des Realsozialismus des DDR-Musters (das muß man mit Blick auf dieses Problem in der UdSSR und in einigen sozialistischen Ländern betonen), daß es so gut wie keine Arbeitslosigkeit gab.

Für Schöler gab es lediglich keine offene, jedoch eine verdeckte Arbeitslosigkeit; wobei dieses Faktum die Wurzel für die ungenügende Arbeitsproduktivität bildete. Hier muß man natürlich genauer hinschauen; soviel sei nur angemerkt, daß die Vielzahl der Arbeitsplätze außerhalb der arbeitsproduktiven Sphäre keineswegs ein solches ökonomisches Mißverhältnis begründen. Daß die Zahl der Arbeitsplätze im nichtproduktiven Bereich auch in der Bundesrepublik ständig angestiegen ist, ist zudem kein Geheimnis. Zum zweiten, so Schöler, gab es in der DDR wohl soziale Sicherheit, aber diese sei erkauft gewesen durch eine weitgehende politische Entmündigung. Auch hier fragt man sich, inwiefern das ein logischer Zusammenhang ist? Ein dritter Vorzug, die kostenlose Gesundheitsversorgung, sei gekoppelt gewesen mit einer sichtlich besseren Versorgung für die Nomenklaturkader! Auch hier vermag ich keinen kausalen Zusammenhang zu erblicken; die vor allem (west-) medikamentöse Besserstellung höherer Funktionäre soll dabei keineswegs bestritten werden. Den vierten Vorzug, die öffentliche und weitgehend kostenfreie Kinderbetreuung, sieht Schöler in ihrer sozialen Vorzüglichkeit eliminiert durch die damit verbundene autoritär-militaristische Erziehung. Hier scheint mir doch stark das Abtopfsyndrom durch! Und schließlich sei der Sachverhalt, daß in der DDR vergleichsweise viel mehr Frauen berufstätig waren als in der Bundesrepublik dadurch kompensiert, daß die Hierarchie der Geschlechter damit nicht ange-tastet worden war.

Das ist natürlich richtig, wie alle von Schöler geltend gemachten Kritiken nicht in Abrede gestellt werden sollen. Doch dadurch wird keineswegs eine wenn-dann-Beziehung begründet. Also – senkt die Arbeitslosigkeit, dann sinkt die Arbeitsproduktivität. Oder: Fördert Kindergärten, dann bekommt ihr gute Soldaten. Natürlich ist das Unsinn. Ganz abgesehen davon, daß sich die Liste der möglichen und realen Vorzüge einer sozialistischen Gesellschaft nicht nur auf diese fünf Punkte erstreckt. Zumindest die Ermöglichung des Zugangs zu höherer Bildung hat der Realsozialismus längst schon zum Thema gemacht, als der Kapitalismus dann mit der Verspätung einer Generation nachzuziehen begann. Von der Beseitigung der allgemeinen

Armut soll hier nicht ausführlich gesprochen werden; daß es in der DDR kein Obdachlosenproblem gegeben hat, sei am Rande vermerkt.

Dennoch weist Schöler allein mit der Logik dieser Aufzählung auf die fundamentalen sozialen Lücken realkapitalistischer Sozialwirklichkeit hin. Im Realkapitalismus gibt es eben nicht einmal eine verdeckte Arbeitslosigkeit! Und eine solche wäre ja wohl für die Betroffenen kein unzumutbarer Zustand. Das Modewort für einen solchen Zustand in der Bundesrepublik heißt ABM – und wie schön wäre es, wenn wenigstens da eine weitgehende Stützung zumindest in den neuen Ländern erfolgen würde. Und kostenfreie Betreuung der Kinder ohne militaristische Erziehung – ja, das gibt es ja auch nicht.

Diese Kritik an Schölers Sozialbild des Realsozialismus soll etwas Bestimmtes zeigen: Wo sind eigentlich die Argumente, daß es im Realsozialismus SO notwendig es sei, daß diese genannten (und auch die nichtgenannten) Vorzüge nur mit den repressalischen Kehrseiten verbunden sein müssen? Gibt es dafür ökonomische, unabwendbare Gründe? Wenn ja, dann macht sie Schöler nicht sichtbar! Ich sehe nicht, daß ein solcher Zusammenhang denknotwendig oder, objektiviert ausgedrückt, systemnotwendig ist. Schöler muß das auch so empfinden, da er, nach dieser Kritik des Realsozialismus, ohne Umstände zu seinem *sozialistischen Projekt einer regulierten Marktwirtschaft* gelangt. Seine Sozialismus-Kritik gilt einem Modell, das sich als historisch untauglich erwiesen hat, nicht aber dem sozialistischen Modell insgesamt! Es wäre höchst mißweisend, diesen Sachverhalt zu übersehen!

Hier nun, nach der Verabschiedung des untauglichen Realsozialismus historischer Prägung (die VR China spielt in diesen Analysen allerdings keine Rolle), werden wir mit unserer Frage nach den Strukturen wie auch den Wegen in dieses sozialistische Projekt fündig. In Stichworten soll Schölers Sicht auf die Neugestaltung der Gesellschaft nachgezeichnet werden – ein Vergleich mit der demokratisch-sozialistischen Sicht auf die gleiche Thematik ist so ohne weiteres nicht möglich, weil die konkreten PDS-Bilder dieser Zukunftsgesellschaft weitgehend in reformalternativen Politikschritten definiert sind, nicht aber in der Vorstellung eines funktionierenden beziehungsweise funktionsfähigen neuen sozialistischen Modells. Wenn man so will, geht Schöler weiter als die PDS-Theoretiker.⁴ Ein punktueller Vergleich steht für meine Begriffe noch aus und kann im vorliegenden Beitrag nicht geleistet werden – er wäre aber in Verbindung mit einer Diskussion in *UTOPIE kreativ* zu leisten, zumal gegenwärtig keine Wahlkampfbelastungen den Theoriediskurs zu vernebeln drohen.

Die tragenden Säulen des sozialistischen Projekts einer regulierten Marktwirtschaft sind nach Schöler das Vorhandensein gemischter Eigentumsformen, die Trennung von Staats- und Kreditbank sowie das Voranschreiten der Sozialisierung als ein organischer Prozeß. Also kein einmaliger Umgestaltungsakt, sondern permanente Entwicklung. Der Markt ist in diesem Zusammenhang als längst vor dem Kapitalismus vorhandene überformende gesellschaftliche Struktur aufzufassen. Im Unterschied zur klassischen Marxschen

4 Vgl. dazu André Brie, Michael Brie, Judith Dellheim, Thomas Falkner, Dieter Klein, Michael Schumann, Dietmar Wittich: Zur Programmatik der Partei des Demokratischen Sozialismus. Ein Kommentar, Berlin 1997; sowie Rosa-Luxemburg-Stiftung. Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e.V. (Hg.): ReformAlternativen: sozial – ökologisch – zivil, Berlin 2000.

Betrachtung der Rolle der ökonomischen Verhältnisse merkt Schöler an, daß nicht so sehr die Eigentums- und Organisationsformen des ökonomischen Systems prägend für diesen sind, sondern ständig stärker das gesellschaftlich beziehungsweise »individuell-besondere Prinzip« (S. 265) zur Wirkung käme, was natürlich in dieser etwas unklaren Verortung den Triebkraftcharakter des subjektiven Faktors recht unbestimmt läßt. Eindeutig ist für Schöler, daß die Marxsche Kapitalismusanalyse unanfechtbar sei, eine historische Faktorenverschiebung den aktuellen Betrachter jedoch auffordert, den Schwerpunkt auf die Trilogie von Produktion und Distribution, die Sicherung einer demokratisch gestalteten Zivilgesellschaft und die Herstellung eines Übereinkommens aller Beteiligten in Form eines neuen Gesellschaftsvertrages zu legen. Das ist zunächst die allgemeine Perspektive, das Grundmuster, das den hochwichtigen Gedanken enthält, daß es keine die gesamte Gesellschaft determinierende ökonomische Grundgewalt mehr gibt, die auf die Gestaltung der Zivilgesellschaft und die Strukturen des neuen Vertrages der Gesellschaftsglieder durchschlägt. Die relative Trennung von Wirtschaft und Gesellschaft ist ebenso wie die von Staat und Gesellschaft ein bereits in den zwanziger Jahren aufscheinendes Motiv der marxistischen Grundsatzbewertungen; erinnert sei an Gramsci und Mannheim. Heutzutage bildet diese Dreigliederungsidee längst keine revisionistische Aufweichung des historischen Materialismus mehr, womit sich Gramscis Anhänger ja noch rumschlagen mußten, sondern ist als eine analytische Tatsache akzeptiert, die die lange Zeit in der marxistischen Tradition unterbelichteten Komponenten wie soziale Rationalität, faktenschaffende Kreativität und gestaltenden Individualismus zu integrieren vermag.

Das größte gesellschaftstheoretische Problem für die Durchsichtigkeit der Wechselwirkungen zwischen den drei Bereichen liegt nun in der Bestimmung der dynamischen Komponenten für die Funktionsgesamtheit Gesellschaft/Wirtschaft/Staat. Schöler nähert sich dem Problem über eine mehrschichtige Betrachtung, die sich ganz anspruchslos als Diskussionsvorschlag vorstellt. Als Hauptpunkte werden geprüft eine von Schöler so bezeichnete *Neuvermessung des Gesellschaftlichen* als Ansatzpunkt für die Reorganisation der sozialistischen Perspektive, der Blick auf die *neuen gesellschaftlichen Subjekte* sowie das Wiederaufgreifen der Marxschen Idee der *evolutionären Durchsetzung neue ihrem Wesen nach revolutionärer Erfordernisse*.

Die Neuvermessung hat ihren Kern in der Wahrnehmung der für die moderne Gesellschaft typischen neuartigen Vergesellschaftungstendenzen. Die hierbei vorgestellten Sachverhalte gehören inzwischen zum sozialistisch-sozialtheoretischen Allgemeingut, was nicht bedeutet, daß sie in der aktuellen Gesellschaft realisiert seien. Die modernen Produktivkräfte, so Schöler, fordern entwickelte Individuen, nicht aber den kapitalistischen Lohnsklaven. Daß damit ein umfassender Strukturwandel in den Bereichen Bildung, Erziehung und Wissenschaft gefordert ist, der sich jedoch nicht im gesellschaftlichen Selbstlauf (oder neoliberalen Selbstbemühen im Kampfe ums Dasein) vollzieht, sondern auf eine konsequente Realisierung von den fünf politischen Grundsätzen (beziehungsweise

Ordnungsprinzipien) des sozialen Pluralismus, des qualifizierten Eigentums, der ausgleichenden Verteilung, des Prinzips der Minimalplanung und des Prinzips der universellen Orientierung gerichtet ist, erhebt diese Neuvermessung des Gesellschaftlichen in den Rang einer politischen Grundorientierung. Zugleich entwachsen diese neuen Vergesellschaftungstendenzen dem nationalstaatlichen Rahmen, womit die globale Perspektive des sozialistischen Projektes objektiv gegeben ist.

Von großem Interesse sind Schölers Gedanken zu den neuen gesellschaftlichen Subjekten. Die ursprüngliche Marxsche Auffassung, wonach sich aus den Widerspruchspotentialen der alten kapitalistischen Gesellschaft selbst die Kräfte entwickeln, die auf dem Wege der Wahrnehmung der eigenen Interessen den Übergang in die neue Gesellschaft durchsetzen, »gehört der Vergangenheit an« (S. 272). Der »intelligente Produzent« ist längst nicht mehr auf das Motiv des »klassenbewußten Arbeiters« zu projizieren – eine schmerzliche Einsicht für den Altkommunisten, jedoch soziologisch und gesellschaftstheoretisch unabweisbar. Marx hat das Anwachsen des intelligenten Produzenten selbst schon diagnostiziert; das Problem, daß sich damit auch unter den Arbeitnehmern neue Interessengegensätze öffnen, ist erst später aufgebrochen. Damit sind mindestens zwei Entwicklungsfragen verknüpft, die für die Frage nach der Reichweite des Begriffs des »Produzenten« wichtig sind. Das betrifft zum einen die Tatsache, daß in den Bedeutungsumfang des Begriffs des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters stets neue Gruppierungen und vor allem immer stärker diversifizierte eingehen. Zum anderen vernachlässigt die Fokussierung des gesellschaftlichen Subjekts auf den Gesamtarbeiter beziehungsweise auf die gesellschaftlichen Arbeitsbeziehungen die Beziehungen der Subjekte untereinander, die sich längst nicht in Arbeitsbeziehungen erschöpfen, sowie die Beziehungen zur natürlichen Lebensumwelt, aber auch die der Geschlechter untereinander. Erst diese Dimension des Subjektbegriffes kompensiert die ursprüngliche theoretische Enge des Begriffs des gesellschaftlichen Subjekts – eine schon von Gramsci konstatierte Schwachstelle des traditionellen Marxismus! Doch das sind keineswegs nur Nebeneffekte der Betrachtung Schölers, sie bilden im Grunde genommen den Kern der Sache.

Die objektiven Veränderungen zur Kenntnis zu nehmen, die regulatorischen Schwerpunkte sensibler Politik auf die Aufgaben von Wirtschaft und Staat zu richten, also »kluge Politik« zu machen, ist die eine, in ihrem Wesen selbstverständliche, in ihrer Komplexität durchaus schwierige Seite theorieorientierter Grundsatzzpolitik. Um es in traditionellen marxistischen Vokabeln zu sagen: das alte überkommene Determinismusbild muß raus aus den Köpfen! Nichts geschieht zwangsläufig, kein gesamtgesellschaftlicher Wille ist mehr auszumachen, wenn er überhaupt je sicher auszumachen war! Und wenn Schöler – in diesem Punkte wie in vielen anderen einsichtsgleich mit PDS-Theoretikern, wenn diese von einem »Ausschöpfen der Entwicklungspotentiale bürgerlicher Gesellschaften« sprechen (ReformAlternativen: S. 66) – festhält, daß dem Kapitalismus Entwicklungspotentiale eigen sind, die sich auch als alternative Entwicklungspfade vorantreiben lassen, dann ist das direkt gekoppelt an

einen völlig neuen Stil eben in der Wahrnehmung und Befolgung dieserart Möglichkeiten. Nicht mehr die Mobilisierung der Massen zur Demonstration von Interessen markiert das soziale Handlungsbild, sondern die Tatsache, daß unterschiedliche Subjekte unterschiedliche Projekte verfolgen und »ihre autonomen Orte und Räume der Artikulation und Interessenwahrnehmung haben« (Schöler: S. 279). Individualisierung heißt damit längst nicht Verinselung!

Aber die verallgemeinernde Interesseneskalierung geht fehl. Einsichten sind gruppen-, wenn man so will klassenübergreifend möglich. Künftige politische Prozesse werden sich verstärkt über einsichtsfolgendes Engagement vollziehen, und der auf der Sozialmoral der Arbeiterklasse fußende Begriff der Solidarität wird – als gewichtiges Erbe aus der Hoch-Zeit des proletarischen Kampfes – auch fortan ein wichtiges Bindeglied der Individuen sein, wenn gleich die Ressource Solidarität nun aus gänzlich neuen Quellen gespeist werden muß. Diese Quellen heißen Grundbedürfnisvertrag und Kulturvertrag, Demokratievertrag und Erdvertrag (Schöler: S. 282ff.). Daß die aktuelle Gesellschaft die Möglichkeiten bereithält, diese das Überleben sichernden klassenübergreifenden Gesellschaftsverträge abzuschließen und durchzusetzen, muß allerdings zur gesellschaftstheoretischen Grundüberzeugung werden. Dann kann man mit Recht schlußfolgern, daß es fortan nicht mehr darauf ankommen wird, die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse umzustürzen, sondern ihre emanzipatorischen Potentiale auszuschöpfen und fortzuentwickeln.

Nun denn, auf zum Streit, oder, besser gesagt, zum Dialog!